

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 2

Rubrik: Profile der Weltpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Profile der Weltpolitik

Edward Kennedy

Will man es dramatisch ausdrücken, so kann man sagen, der 36 Jahre alte Edward Kennedy habe die Fackel seiner toten Brüder John und Robert aufgenommen, um beider Nachfolger und politischer Testamentsvollstrecker zu werden. Sieht man es sachlich, ohne den traurigen Mythos, der die Familie Kennedy umgibt, zu berücksichtigen, so kann man sagen, der Sohn eines Multimillionärs, der zum potentiellen Präsidenten erzogen worden ist, habe die Chance wahrgenommen, die von ihm genossene Ausbildung in Amt und Würde umzusetzen.

Der amerikanische Senat, immer schon ein konservatives Moment in einem Lande, das nicht konservativ sein möchte, wird von «Ted» wichtige Impulse bekommen können. In einer Kampfabstimmung wählte die demokratische Fraktion im US-Senat den dynamischen Politiker aus Massachusetts, der als Senator seinen Staat noch keine sechs Jahre in Washington vertritt, zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden.

Man nennt diese Position «Einpeitscher» oder «Whip». Eine dankbare Rolle für einen Kennedy, der im Schatten seiner erfolgreichen, älteren Brüder als Parlamentarier die Politik von der Pike auf gelernt hat. Seinen kühlen, doch stets für ein politisch-sophistisches Spiel aufgeschlossenen Verstand wird er einsetzen können, um sich durch Anfragen, Stellungnahmen und Reden einen weiteren Namen zu machen. Und was wäre geeigneter, als diesen Versuch vor der Kulisse eines von Demokraten kontrollierten «House» zu tun, in dem ein Republikaner, den nur ein Drittel der Bevölkerung, die er regiert, gewählt hat, Präsident ist!

So hatten die Amerikaner, Tage bevor Richard Nixon als Präsident in sein Amt eingeführt wurde, schon die Überraschung, dessen wahrscheinlichen Gegner bei den Präsidentschaftswahlen von 1972 zu kennen. Wenn Edward Kennedy den Wunsch äußern sollte, für die Demokratische Partei in den Wahlkampf ziehen zu wollen, so dürfte ihm kaum jemand die Kandidatur streitig machen. Alles deutet darauf hin, dass «Ted» diesen Wunsch in vier Jahren äußern wird.

Nach dem Goldwater-Dilemma der Republikanischen Partei erschien in den USA ein Taschenbuch, das sich mit der Zukunft der Grand Old Party beschäftigte, die damals ausgesprochen führungslos war. Mit ihrem Wiederaufleben hatte niemand für 1968 gerechnet. Gab es doch die Kennedys auf der politischen Bühne der Vereinigten Staaten.

Besorgte Stimmen haben im vergangenen Jahr nach dem oft als Schlachtfest bezeichneten Konvent der Demokratischen Partei in Chicago ähnliche Fragen nach der Zukunft dieser Partei gestellt. Niemand hatte im Sommer zu hoffen gewagt, Edward Kennedy werde nach all dem, was er miterlebte, in die Arena amerikanischer Bundespolitik treten.

Die politische Szenerie der USA war verworren. Aufkommender Nationalismus. Angeheizter Rassismus. Verkörpert in George Wallace. Eine starke Antipathie gegen die Demokraten, denen man den Vietnamkrieg «verdankte» – oder dies zumindest glaubte. Eine Welt der «big business», die Richard Nixon darstellt, in dem viele eine Marionette der Wallstreet sehen. Jener Wallstreet jedoch, die von ihrer «Ideologie» her genauso einen Wallace hätte unterstützen können ... Die Demokraten waren gespalten in «Tauben» und «Falken», Humphrey nicht in der Lage, sie zu einen, weil er sich selbst zu sehr mit dem Cuncator Johnson identifiziert hatte.

Edward Kennedy hatte nach dem zweiten politischen Mord in seiner Familie nicht als Parteirepräsentant hervortreten können, ohne eine echte Macht zu haben, die ihm mehr Publicity verschafft, als es der blosse Name Kennedy tut, der auch zum Handicap werden kann. Eugene McCarthy, der Gegenspieler von Robert Kennedy, in dem vor allem die Jugend ihr Idol gesehen hatte, hat sich zu sehr abgekapselt, wirkt vielen zu kompromisslos und verbittert. So hat er denn auch bei der Kampfabstimmung im amerikanischen Senat Kennedy seine Stimme verweigert. Er sagte, er wolle nicht den Eindruck erwecken, als habe die Demokratische Partei, die zu keiner Reform bereit sei, eine stille Reform und Einigung vollzogen ...

Die Zukunft der Demokratischen Partei Amerikas wird nun Edward Kennedy entscheidend mitbestimmen. Seine Wahl kann sie einigen oder spalten. Die Einigung kann von der Jugend kommen, die bei einem Kennedy kein Chikago-Massaker zu erwarten hat. Da Kennedys neues Amt jedoch traditionell von einem amtserfahrenen Senator aus den konservativen Südstaaten bekleidet wurde, liegt in der Besetzung durch einen liberalen Demokraten aus den Neuenglandstaaten auch die Gefahr einer Spaltung.

Auf jeden Fall regiert Richard M. Nixon mit dem Damoklesschwert Edward Kennedy im Nacken die Vereinigten Staaten. Und so ein Schwert kann heilsam sein. Vor allem bei einem Präsidenten, dem das «Flair» von Lobby-Hörigkeit anhaftet.

Christina Mahn

Neue Mitte-Links-Regierung in Italien

Entgegen vieler pessimistischer Erwartungen konnte in Italien noch vor Ablauf des alten Jahres eine neue Regierung auf Grund der seit Jahren bestehenden Mitte-Links-Koalition gebildet werden. In einem italienischen Pressekommentar konnte man lesen, dies sei wohl – innerhalb der Sozialistischen Partei – eine Rechtfertigung des alten Sozialistenführers Pietro Nenni, der als Aussenminister in die neue Regierung eintritt. Gemeint war

damit, dass Nenni nach den wenig erfolgreichen Parlamentswahlen im Mai 1968 von einem Rückzug der Sozialisten aus der Koalition abgeraten hatte, die nun wiederum zustande kam. Die Mehrheit der Führungsgremien der Sozialisten war nach den Maiwahlen für eine Loslösung von den Christdemokraten, obwohl es auch im neuen Parlament keine andere Mehrheit gibt, wenn man die Grundlage gemeinsamer demokratisch-parlamentarischer Auffassungen beibehalten, also keine Verbindung mit der äussersten Rechten oder mit den Kommunisten eingehen will. Auch das Übergangskabinett des Christdemokraten Leone konnte, ausschliesslich aus Vertretern seiner Partei gebildet, die laufenden Geschäfte nur erledigen, weil die Sozialisten es indirekt stützten.

Dennoch gab es natürlich auf der Linken nicht geringen Anlass zur Unzufriedenheit mit der Koalitionspolitik bis zu den Wahlen. Die konservativen Elemente innerhalb der Christdemokratischen Partei waren in der Lage, eine Reihe Initiativen und Punkte des Koalitionsprogramms abzubremsen und so der Regierung Moro den Anschein der Inaktivität zu geben. Nicht zuletzt auch die Geheimdienstoffiziere, die sich in einem Presseprozess als eine Art Staatsstreichvorbereitung von militärischer Seite entpuppte, belastete die Regierung ausserordentlich, denn die Christdemokraten liessen sich auf keine parlamentarische Untersuchung ein, die von den Sozialisten gefordert wurde. Nun sind die beiden in Frage kommenden Journalisten sozialistische Abgeordnete geworden, während der Staatsanwalt um die Strafverfolgungserlaubnis des ebenfalls als Vertreter der Monarchisten ins Parlament eingerückten Carabinieri-Generals di Lorenzo nachsucht. Kurzum, die Sozialisten zogen sich nach den Maiwahlen in eine Enthaltungstaktik, nicht in die Opposition zurück. Ihr Parteitag im Oktober erbrachte jedoch keine programmatische Ausrichtung, die zur Bildung einer neuen Regierung hätte befähigen können. Aufgespalten in fünf Richtungen, die sich über keine aktuelle politische Frage zu einigen vermochte und das Zentralkomitee, ohne Wahl durch den Kongress, nach den Prozentsätzen der Vorkongresse in den Provinzen zusammenbauen, schien die PSI zuerst fast actionsunfähig. Es gab dann im Zentralkomitee eine Art *Koalition* der beiden von Mauro Ferri, dem Vorsitzenden der Parlamentsfraktion, und Tanassi angeführten Richtungsgruppen, die zusammen, immer in den Prozentsätzen der Abstimmungen in den Provinzen, nur auf 52 Prozent des 121köpfigen Zentralkomitees kamen und vorerst die vielumstrittenen Posten des Generalsekretärs (Vorsitzenden) und eines Stellvertreters mit Ferri und Cariglia besetzten.

Bei den Christdemokraten war die Lage im November keineswegs übersichtlicher. Auch hier bestehen, alter Übung gemäss, Richtungsgruppen, deren Grenzlinien oftmals schwer zu bestimmen sind. Nur zwei Linkmgruppen grenzen sich durch sehr entschiedene Stellungnahmen in aktuellen Einzelfragen etwas deutlicher ab; ebenso der ausgesprochen konservative ehemalige Innenminister Scelba. Viel wurde ausserhalb und innerhalb der

Partei der christlichen Demokraten darüber diskutiert, welches Programm die kommende Regierung haben müsste, wer eigentlich Generalsekretär bleiben oder werden sollte, ob es nicht nötig sei, einen Parteitag einzuberufen. Es schien zuerst nicht, als seien die zusammenfassenden Kräfte zu finden, die den Ausgangspunkt einer neuen Regierung bilden könnten.

Zwei Faktoren führten zum Ausweg aus dieser Lage, die bei Fortdauer unmöglich zur Festigung der demokratischen Ordnung und ihrer Anerkennung bei den Volksmassen beitragen konnten. Einmal übertrug der Staatspräsident Giuseppe Saragat dem Parlamentspräsidenten Sandro Pertini die ersten Sondierungen bei den Parteien, und zum anderen war die Regierung Leone nicht bereit, weiterhin Lückenbüsser zu spielen. Sie demissionierte und zwang zu den üblichen Konsultationen. Vor diese Lage gestellt gab es einen Moment der Besinnung bei den beiden grossen Parteien. Es gelang dem Generalsekretär der Christdemokraten Mariano Rumor, unter den sieben Richtungsgruppen, die teilweise über eigene Organisationsformen verfügen, trotz einiger Vorbehalten der beiden Linksströmungen, eine Einigung über die Bildung einer neuen Koalitionsregierung zustande zu bringen und Mauro Ferri verstand es, die Gruppe um de Martino, der auf dem Parteitag bitter um den Posten des Generalsekretärs gekämpft hatte, und die kleinere Strömung um Giolitti zu den Verhandlungen heranzuziehen und so das in der Presse weidlich erörterte Handicap seiner knappen Mehrheit im bunten Kranz der Richtungsgruppen zu überspielen. So blieben in der innerparteilichen, aber loyalen Opposition die Sozialisten um Giolitti, der nur das Schatzministerium akzeptiert hätte, und die eigentliche Linke unter der Führung von Riccardo Lombardi ausserhalb der Regierung. Während diese Zeilen geschrieben werden, ist noch nicht übersehbar, welche Rückwirkungen innerhalb der beiden grossen Parteien diese Regierungsbildung haben wird. Die sozialistischen Minister müssen ihre Ämter in der Parteileitung abgeben. Neben dem stellvertretenen Generalsekretär Cariglia wird ein zweiter Stellvertreter für die Richtungsgruppe de Martino treten und damit die Mehrheitsbildung innerhalb der wiedervereinigten Sozialistischen Partei für die Regierungsbeteiligung sichergestellt sein. Bei den Christdemokraten wird auf der Tagung des Nationalrates im Januar die wohlberechnete Verteilung der von dieser Partei besetzten Ministerien auf die sieben Richtungen die meisten Schwierigkeiten personeller Art aus dem Wege räumen.

Natürlich gab es bei der Bildung dieser Regierung nicht nur persönliche, sondern auch politisch-programmatische Fragen, bei deren Erörterung die kleine Republikanische Partei, die in der Regierung durch den Finanzminister Oronzo Reale vertreten ist, nicht ganz ohne Einfluss blieb. Das Regierungsprogramm, das von dem neuen Ministerpräsidenten Rumor sehr knapp im Parlament vorgetragen wurde, ist bei weitem nicht so umfangreich wie die Programme zu Beginn der ersten und zweiten Mitte-Links-Regierungen. Es umfasst in erster Linie aktuelle, aber auch Fragen der Verfas-

sungsergänzung. Für den Volksentscheid in bestimmten Fragen soll ein Gesetz vorgelegt, dann aber auch endlich entscheidende Schritte zur Einführung der Regionen als Selbstverwaltung unternommen werden, was die Auflösung der zentralistischen Staatsverwaltung bedeutet, die Italien aus der napoleonischen Zeit erbte. Schulfragen und die Universitätsreform sollen unmittelbar in Angriff genommen und dafür gesorgt werden, dass die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nicht zu tragischen Verlusten von Menschenleben führt, wie dies kürzlich anlässlich einer Landarbeiterdemonstration in Sizilien geschah. Die in Italien besonders heikle Frage – da mit der Auswirkung der in die republikanische Verfassung anerkannten Lateinanträge verbunden – der Ehescheidung wird die Regierung ohne eigene Stellungnahme der Entscheidung des Parlaments überlassen. Diese Frage wird von dem sozialistischen Abgeordneten Fortuna betrieben, der einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt hat und Chef einer Vereinigung für die Einführung – der Möglichkeit der – Ehescheidung ist. Auch eine Reform des veralteten Straf- und Zivilrechts nimmt sich die Mitte-Links-Regierung vor. Nur wenn dieses ambitionierte Programm verwirklicht werden kann, besteht die Möglichkeit, die vielerlei – und oftmals allzu persönlichen – Meinungsverschiedenheiten innerhalb der beiden Koalitionsparteien, der Christdemokraten und Sozialisten, zu überwinden.

Rolf Reventlow

Der Kampf um die Nachfolge im Elysée

Die Kandidatur des früheren Premierministers Georges Pompidou als eventueller Nachfolger des Generals für das höchste Amt der Fünften Republik eröffnet in Frankreich das Rennen zum Präsidentenstuhl.

Die Volkswahl entscheidet

Bis jetzt hatte es General de Gaulle vermieden, einen «Thronfolger» zu nominieren. Laut Verfassung wird der Staatspräsident alle sieben Jahre vom Volk gewählt, wobei die absolute Mehrheit (mehr als 50 Prozent) entscheidet; falls im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit zustande kommt, genügt in einem zweiten Wahlgang die relative Mehrheit. Jedenfalls sind dann nur noch die beiden Kandidaten zugelassen, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhielten.

Im Falle einer Verhinderung des Staatspräsidenten wird der Senatspräsident provisorisches Staatsoberhaupt bis zur nächsten Volkswahl des neuen Präsidenten.

Nach der von de Gaulle geplanten Verfassungsreform, die in diesem Jahr zur Volksabstimmung kommen dürfte, soll auch die provisorische Nachfolge neu geregelt werden. Demnach soll im Fall einer Vakanz nicht

mehr der Senatspräsident, sondern der jeweilige Premierminister die Staatsgeschäfte bis zur Neuwahl leiten.

De Gaulles Präsidentschaft läuft bis 1972. Der General erklärte dieser Tage, er wolle bis zu diesem Datum im Amt bleiben. Diese Klarstellung war nach Pompidous Andeutung notwendig geworden. Gerüchtweise war von einem möglichen Rücktritt de Gaulles für 1970 die Rede; der General wird im nächsten Jahr 80 Jahre und feiert am 17. Juni 1970 den 30. Jahrestag seines ersten politischen Auftritts, des berühmten Londoner Widerstandsappells. Ein solches Datum wäre ein günstiger Anlass für einen wirkungsvollen Abgang. De Gaulle lässt jetzt wissen, dass er nicht daran denkt.

Rivalen

Dennoch rückt die Stunde der Ablösung im Elysée näher. Pompidou baut vor. Er hat im eigenen Lager viele Rivalen und Widersacher. Gaullisten der «ersten Stunde» werfen ihm sein relativ spätes politisches Engagement vor. Den Konservativen ist er zu gaullistisch-linientreu, den Linksgaullisten zu lau. Seit seiner Verabschiedung betätigte sich Pompidou als Chef der Parlamentsmehrheit und entwickelte dabei grosses Geschick, die mehrmals meuternden Abgeordneten an der Stange zu halten.

Nun soll Pompidou nach seiner innenpolitischen Erfahrung durch diplomatische Missionen sein aussenpolitisches Image pflegen.

Pompidous Vorgänger Michel Debré und Nachfolger Maurice Couve de Murville sind derzeit keine direkten Konkurrenten auf dem Weg ins Elysée, wohl aber Widersacher aus verschiedenen Gründen. Gegenspieler kommen vor allem aus dem Lager der Unabhängigen Republikaner – Giscard d’Estaing –, aber auch von Lecanuets christlich-demokratischem Zentrum. Diese Kräfte sind keineswegs geneigt, auch nach de Gaulle eine Innen- und Aussenpolitik zu dulden, von der sie hoffen, dass sie mit dem Verschwinden des Generals ein Ende nimmt.

Gerade deshalb hat man es jetzt im gaullistischen Lager eilig mit der rechtzeitigen Nominierung einer Persönlichkeit für die kommende Präsidentenwahl nach de Gaulle. Pompidous Erklärung stellt die eigene Partei vor vollendete Tatsachen und erzwingt eine gewisse Disziplin, ähnlich wie seinerzeit Mitterrands Initiative für die Linke. *Georg Scheuer*